

EU-Kommissars: »Fest steht: Es wird jede Menge Irre im nächsten Parlament geben.« Auf Seiten der EU hat man offenbar noch nicht begriffen, dass mit van Rompuy's Rezepten (Wirtschaftsaufschwung, Schaffung von Arbeitsplätzen, mehr Mobilität) die EU ein Schönwetter-Unternehmen

bleibt und in jeder Krise erneut nationale Animositäten aufbrechen. Deutschland ist gut beraten, sich zurückzuhalten und nicht so zu tun, als ob am deutschen Wesen die EU genesen werde. Auch wir waren schließlich vor nicht allzu langer Zeit schon einmal der »kranke Mann Europas«.



Karin Priester

lehrt Soziologie an der Universität Münster und ist im Beirat der NG/FH.

priestek@uni-muenster.de

Hannes Swoboda

Eine sozialdemokratische Alternative für Europa

Zwischen dem 22. und 25. Mai werden etwa 350 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Europa die Möglichkeit haben, das Europäische Parlament für fünf Jahre zu wählen. Der größte Unterschied zu den bisherigen Wahlen ist, dass es zum ersten Mal europäische Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten geben wird. Die sozialdemokratischen und progressiven Parteien haben sich bereits mit großer Mehrheit für Martin Schulz als gemeinsamen Kandidaten entschieden.

Doch während in Brüssel noch mit dem Europäischen Rat über diese neue Demokratisierung gestritten wird – insbesondere Frau Merkel möchte nichts von direkter europäischer Demokratie wissen – müssen wir uns die Frage stellen: Wie können ein erneuertes Parlament, seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags mit weitreichenden gesetzgeberischen Kompetenzen ausgestattet, und eine neue Europäische Kommission, die im Herbst ihre Arbeit aufnehmen wird, die distanzierte Haltung seitens der europäischen Bürger verringern? Wie kann dem Euroskeptizismus, dem stärker werdenden Nationalismus – der manches Mal bis zur Xenophobie reicht –, wie

können die europäischen Institutionen inmitten einer immer noch andauernden Wirtschaftskrise diesen Schwierigkeiten entgegenreten?

Es ist die Herausforderung, den Bürgern vor der Wahl die sozialdemokratische Alternative für Europa zu kommunizieren und diese gegebenenfalls nach der Wahl umzusetzen. Die undifferenzierte Diskussion über »mehr« oder »weniger« Europa muss aufhören. Es geht nicht um die bloße Quantität an europäischer Integration. Immerfort die europäische Ebene einzubeziehen bzw. zu erweitern, ist nicht notwendigerweise die richtige Antwort. Die EU, insbesondere die Kommission, muss sich zurückhalten mit schwer vermittelbaren Vorschlägen wie dem zur Verbannung offener Olivenölkännchen von den europäischen Restauranttischen. Diese Form von »mehr« Europa lehnen unsere Bürgerinnen und Bürger völlig zu Recht ab.

Wie so oft geht es um die Qualität, nicht die Quantität. Das Ziel sollte nicht sein, Europa um jedem Preis zu verschlanken oder zu vertiefen. Da wo es sinnvoll ist, muss Europa agieren können. Dort wo kommunale, regionale oder nationale Strukturen sinn-

voll sind, muss Brüssel sie gewähren lassen. Die sozialdemokratische Alternative für Europa basiert auf der Stärkung jener transnationalen Bereiche, in denen die Union vor allem in den letzten Jahren der Krise zu schwach agiert hat.

Die Wirtschafts-, Arbeitslosigkeits- und Sozialkrise hat viele Bürger in Europa in Armut, soziale Not und Verzweiflung katapultiert. Gleichzeitig hat die einseitige Sparpolitik durch die Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission besonders in vielen südeuropäischen Ländern die Arbeitslosigkeit vervielfacht, die Kreditwilligkeit der Banken abgewürgt und die Lebensumstände vieler Menschen dramatisch verschlechtert.

In Griechenland ist die Säuglingssterblichkeit um 43 % gestiegen, in Spanien haben Zwangsräumungen von Wohnungen von über 400.000 Familien stattgefunden, quer durch Europa ist die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, gestiegen. Dazu kommt, dass die Sparpolitik – teils von konservativen Regierungen, teils von der Troika aufgezwungen – keinerlei Spielraum für Präventivkosten erlaubt. In den meisten Mitgliedsstaaten sind die Ausgaben für Bildung gesunken.

Es müsste in unserem europäischen Wohlfahrtsstaat eigentlich garantiert sein, dass soziale Netze jeden und jede auffangen können, insbesondere in Krisenzeiten, in denen Millionen Bürger unverschuldet ihre Arbeitsplätze verloren haben. Doch in der Realität sehen wir, dass die konservative Sparpolitik die Sicherheitsnetze weiter durchlöchert, wodurch Millionen Menschen in die Armut abrutschen.

Aber was übrig bleibt, ist eine Generation junger Europäer, die kaum für ihre Rente vorsorgen, wenig in öffentliche Kassen einbezahlen kann und ihr eigenes Leben durch prekäre Arbeitsverhältnisse und un stabile Lebenssituationen beeinträchtigt sieht.

Die sinkenden Arbeitslosenzahlen sind trügerisch. In Großbritannien etwa ist die

Zahl der Arbeitslosen zwar kürzlich gesunken, doch die Produktivität der Arbeitnehmer keineswegs gestiegen. Statt einem Vollbeschäftigten sind nun zwei Teilzeitbeschäftigte eingestellt. Der Staat muss die geringen Gehälter aufstocken und erhält weniger Steuerbeiträge zurück. Eine nachhaltige Lösung kann diese Art prekärer Arbeitsverhältnisse nicht sein.

Hilflos versuchen manche Länder im Alleingang, ihre wirtschaftlichen und finanziellen Probleme zu lösen. Nationale Anstrengungen können aber oftmals nicht zu den gewünschten Resultaten führen, weil die europäische Unterstützung fehlt. Innerhalb einer extremen Austeritätspolitik in der Eurozone, in der Abwertungen von nationalen Währungen nicht mehr möglich sind, kann ein wirtschaftlicher Aufschwung einzelner Krisenländer nicht gelingen – außer es würden viele Arbeitslose in andere Länder – innerhalb der Eurozone und global emigrieren.

Europa braucht eine Kombination nationaler Reformanstrengungen, die nicht nur Sozialbezüge kürzt, sondern parallel eine aktive europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie etabliert. Genau da könnte ein »Marshall-Plan« helfen, der auch den europäischen Zusammenhalt stärken würde. Zentrale Punkte wären umfassende öffentliche Investitionen und eine Überarbeitung der Defizit-Richtlinien. Durch verstärkte Investitionen, insbesondere in nachhaltige Bereiche wie Forschung und Entwicklung sowie »grüne« Technologien, könnte Europa die Wirtschaft und damit die Nachfrage ankurbeln und den Menschen eine neue Perspektive für ihr Leben durch einen guten Arbeitsplatz bieten.

Denn die andauernde hohe Arbeitslosigkeit in Europa belastet zum einen die Wirtschaft, zum anderen jene Bürger, die nicht vollständig an der Gesellschaft teilhaben. Hinzu kommt der permanent steigende Druck auf die Sozialsysteme. Durch Investitionen könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die europäischen

Länder könnten in den Bereichen neue Technologien und nachhaltige Industrien wieder mit um die Weltspitze konkurrieren.

Es ist ein Irrtum, dass diese Investitionen lediglich in den südlichen Ländern Europas notwendig seien. Auch in Deutschland ist die Infrastruktur – die enorm wichtig für das Exportland ist – marode, auch deutsche Exporte können die Wirtschaft nur so lange tragen, solange es auch Abnehmer dafür gibt. Aufgrund von Austeritätskuren in einigen Ländern sind deutsche Exporte bereits zurückgegangen.

Damit Investitionen möglich werden, ist es notwendig, eine Art »goldene Regel« aufzustellen, durch die Investitionen in Beschäftigung und Wachstum von der Defizitkalkulierung der nationalen Budgets ausgenommen werden. Die Defizitbeschränkung auf 3 % des Bruttoinlandprodukts ist in wirtschaftlich stabilen Zeiten sinnvoll; während einer Krise, wie der seit fünf Jahren andauernden, kommt sie dagegen einem Mittel zum volkswirtschaftlichen Suizid gleich.

Ein Standardargument für die Be-

schränkung des jährlichen Haushaltsdefizits auf 3 % des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes ist das Bestreben, den nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Schulden zu hinterlassen. Doch ohne Arbeit oder Perspektiven sind die nächsten Generationen noch viel verlorenere.

Das sozialdemokratische Ziel ist es, die beiden Seiten – gesunde Volkswirtschaften und soziale Gerechtigkeit – miteinander zu verbinden und so eine Balance wiederherzustellen, die in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Dazu gehört auch die weitere Stabilisierung von Banken, der Kampf gegen Korruption, gegen Steuerhinterziehung und gegen Ineffizienz. Zudem muss der Prävention wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Arbeit, Bildung, solide Wirtschaften und nachhaltige Entwicklung, verbunden mit sozialer Gerechtigkeit – das ist möglich. Gleichzeitig ist dies auch die beste Abwehr gegen Nationalismus, Xenophobie und Extremismus, da die Menschen weniger Angst haben, wenn sie ein glückliches und erfülltes Leben führen können.



Hannes Swoboda

ist Mitglied des Europäischen Parlamentes und dort Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D).

hannes.swoboda-office@europarl.europa.eu

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Das Volkstum droht

Gut (oder nicht so gut): Soll die Krim heim ins Reich der Russen kehren, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies wünscht – und sich von der Flucht an den großen, leider so gar nicht wogenden, sondern eher mageren Busen von Mütterchen Russland ein besseres Leben erhofft. Uns im fernen Westen müsste es nicht allzu heftig tangieren »wenn hinten fern in der Türkei die

Völker aufeinander schlagen...« (die Krim und die Ukraine zählten zu Goethes Zeiten wahrhaftig noch zur türkischen Welt). Doch der Weg zum Referendum wurde durch eine kaum getarnte militärische Intervention gewaltsam geöffnet (gottlob ohne massenhaftes Blutvergießen – doch jedes Opfer ist eines zuviel). Der Prozess der Teilung könnte sich, wenn der Macht-